

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Tobias Pflüger, Christine Buchholz, Heike Hänsel, Michel Brandt, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung**

**– Drucksachen 19/22600, 19/22601, 19/23313, 19/23324, 19/23325, 19/23326 –**

### **Entwurf eines Gesetzes**

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021  
(Haushaltsgesetz 2021)**

**hier: Einzelplan 14**

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Trotz der beispiellosen Herausforderungen, der sich die Welt, Europa und Deutschland durch die Corona-Pandemie gegenüberstehen, verfolgt die Bundesregierung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf weiter unbeirrt den Kurs der permanenten Steigerung des deutschen Militäretats auf nunmehr 46,93 Mrd. Euro im Jahr 2021. Verglichen mit 2014 werden die Ausgaben des Bundes für die Bundeswehr damit um fast die Hälfte (+44,4%) gestiegen sein. Hinzu kommt: Trotz der Proteste des kleineren Koalitionspartners folgt der Haushaltsentwurf schon das zweite Jahr infolge bis aufs Komma der Finanzlinie, die die Bundeswehrgeneralität in ihrem Fähigkeitsprofil vorgibt. Um diese ständigen massiven Mehrausgaben auch ohne den Verweis auf das coronagebeutelte Bruttoinlandsprodukt (BIP) rechtfertigen zu können, thematisierte die Verteidigungsministerin kürzlich sogar die Zielmarke „10 Prozent aller NATO-Fähigkeiten“ – nach Schätzungen wären dafür jährliche Aufwendungen in Höhe von rd. 93 Mrd. Euro nötig. Die Ministerin muss daran erinnert werden, dass über den Militärhaushalt der Bundesrepublik Deutschland laut Grundgesetz der Bundestag entscheidet, nicht die NATO und auch nicht die Bundeswehrgeneralität selbst. Nicht nur dies wirft haushaltspolitische Fragen auf: Immerhin über 6,25 Mrd. Euro Militärausgaben sollen 2021

wieder am eigentlichen Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) vorbei getätigt werden. Damit steigen die deutschen Militärausgaben nach NATO-Kriterien innerhalb eines Jahres sogar um fast 3 Mrd. Euro – ein neuer Rekordzuwachs. Trotz wiederholter Aufforderung wird den zuständigen Mitgliedern des Verteidigungsausschusses auch 2021 eine vollständige Information über alle diese militärrelevanten Posten im Bundeshaushalt vorenthalten.

Diese Ausgabenexplosion basiert seit 2014 auf dem sogenannten Münchener Konsens, der der Doktrin der „neuen Verantwortung“ folgt, und der sicherheitspolitischen Grundlinie von Bundesregierung und Bundeswehrführung (vgl. Weißbuch 2016), die der Bundeswehr immer umfangreichere Aufgaben zuweist. In Europa stellt sich die Bundesregierung an die Seite derjenigen, die seit 2014 fortgesetzt eine auf militärischer Stärke und Druck basierende Antwort auf die Ukraine-Krise geben. Unter dem Slogan „Refokussierung auf die Landesverteidigung“ zielt die Bundesregierung langfristig (bis 2031) auf eine Aufrüstung der Bundeswehr ab. Die Langfristigkeit dieser Planung zeigt sich in den gestiegenen Verpflichtungsermächtigungen für Rüstungsneubeschaffungen, teils bis 2035.

Dies alles geht mit einem völlig mangelhaften deutschen Engagement in Fragen der internationalen Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung einher. Für das Beharren auf der nuklearen Teilhabe der NATO wird an der Beschaffung von zusätzlichen US-Kampfflugzeugen zur TORNADO-Nachfolge festgehalten. Stattdessen erlaubt die Bundesrepublik Deutschland der NATO, ab kommendem Jahr auf dem US-Stützpunkt Ramstein ein Hauptquartier aufzubauen, das die Militarisierung des Alls vorantreiben soll. Bei der Beschaffung der Bewaffnung für die HERON TP steht eine abrüstungspolitische Initiative, die der Bundesregierung noch 2017 in einer von ihr mitfinanzierten Studie nahegelegt wurde, nicht zur Diskussion.

Der Vorsatz, Explosivwaffen für die Militärdrohne HERON TP zu erwerben, verdeutlicht die Ambitionen, das deutsche militärische Engagement auch außerhalb Europas aufrecht zu erhalten und weiter auszudehnen. Auch die massive Ausweitung des Mandats EUTM Mali und die Wiederaufnahme der aktiven Beteiligung der Marine an der EUNAVFOR-Mission vor der libyschen Küste verdeutlichen das. Derzeit sind 3303 Soldatinnen und Soldaten ständig in Auslandseinsätze der Bundeswehr entsandt. Nachdem die Bundesverteidigungsministerin letztes Jahr schon die Entsendung deutscher Truppen nach Nord-Syrien ernsthaft erwogen hatte, werden nun Planspiele thematisiert, die der deutschen Marine sogar eine Rolle in Südostasien zuweisen.

Auch im Rahmen der ständigen strukturierten Zusammenarbeit und bilateraler Rüstungsprojekte mit anderen EU-Staaten und Großbritannien wird das militärische Moment in den deutschen auswärtigen Beziehungen immer deutlicher: Statt bei den Partnern in der EU um eine aktive friedenspolitische Rolle der Gemeinschaft sowohl in Europa als auch global zu werben, werden die aufgesetzten Rüstungsprojekte gemeinsam mit Frankreich und anderen Partnern ehrgeizig vorangetrieben. Die vielfältigen Forschungs- und Bauprojekte im Rahmen der PESCO, der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) sowie die Europäische Friedensfazilität werden derzeit weiter führend von Deutschland weiterentwickelt. Diese Strategie schlägt sich auch in den wichtigsten geplanten Rüstungsbeschaffungsvorhaben für 2021 nieder, bei denen in erster Linie bi- oder multinationale Rüstungskooperationsprojekte wie deutsch-norwegische U-Boote und die Eurodrohne auf die Schiene gesetzt werden. Wegen ihrer politischen Relevanz weiter verfolgt werden die beiden Testfälle für eine verlässliche Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Frankreich, das Panzerprojekt MGCS und FCAS, der Luftkampf-Systemverbund der sog. vierten Generation – trotz des offenkundig fehlenden Vertrauensverhältnisses der jeweiligen französischen und deutschen Partner- bzw. Konkurrenzunternehmen.

Im letzten Bericht der Bundesregierung zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wird unumwunden deutlich gemacht, dass es bei diesen ressourcenintensiven Projek-

ten um die Stützung der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie gegen die globale Konkurrenz geht. So bleibt die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland auch in einem Interessengeflecht der großen deutschen und europäischen Rüstungskonzerne gefangen. Dabei häufen die Produkte der Rüstungswirtschaft weiterhin massiv Mehrkosten für die öffentliche Hand auf, die dann bereitwillig seitens des Bundes in sog. Vertragsanpassungen versteckt werden. Vertragsstrafen und Gewährleistungsansprüche werden weiterhin gedeckelt. So setzt sich die Selbstbedienungsmentalität der Anbieter weiter fort.

Obwohl die Bewerberzahlen weiter stagnieren, wird vom Bundesverteidigungsministerium am Projekt der Vergrößerung der Bundeswehr auf über 200.000 Soldaten festgehalten. Diese Zielstellung ist sicherheitspolitisch völlig kontraproduktiv und auch aus demografischen Gründen schwer zu erreichen. Trotzdem wird weiterhin versucht, insbesondere gegenüber Jugendlichen ein geschöntes Bild des Dienstes in der Bundeswehr zu erzeugen, z. B. durch Angebote wie den neu erfundenen sog. Heimatdienst und durch kostspielige PR-Aktivitäten wie pseudo-objektive Action-Dokus – Kostenpunkt wieder über 35 Mio. Euro. Auch auf die international höchst umstrittene Praxis der Einstellung von Minderjährigen will die Bundeswehr weiter nicht verzichten.

Gleichzeitig zeigen die Erkenntnisse über sich ausdehnende Netzwerke Rechtsextremer insbesondere in der sogenannten Elite-Einheit KSK und ihre geheimen Waffendepots, dass die Bundeswehr zu einem Anziehungspunkt für Rechtsextreme geworden ist, deren Organisierung und Zugang zu Waffen zu einer Gefahr für das Gemeinwesen geworden sind. Darüber kann auch das begrüßenswerte Engagement nichts ändern, das viele Bundeswehrangehörige heute im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie bei Behörden zeigen – ein Engagement, dessen es bei einer bedarfsgemäßen finanziellen und personellen Ausstattung von Gesundheitsämtern und THW nicht bedurft hätte.

Gerade die Corona-Pandemie macht deutlich: Auf die immer komplexeren sicherheitspolitischen Herausforderungen der heutigen Welt kann es keine militärische Antwort geben. Nötig ist eine Neuausrichtung der deutschen Politik, auch durch Signale einseitiger Abrüstung – hin zu einem mehr an Sicherheit durch Deeskalation, Vertrauensbildung und Abrüstung in der nördlichen Hemisphäre. Gegenüber den Ländern des globalen Südens ist eine Politik vonnöten, die die Bekämpfung von Konfliktursachen wie Armut, Klimawandel, Unterentwicklung und mangelnde Gesundheitsversorgung in den Mittelpunkt stellt. Der vorliegende Haushaltsentwurf bildet diese Erkenntnis nicht ab.

- II. Der Deutsche Bundestag lehnt den vorliegenden Haushaltsentwurf der Bundesregierung für den Einzelplan 14 ab und fordert die Bundesregierung auf,
1. die mittelfristige Finanzplanung des Bundes umgehend so zu gestalten, dass für den Bundeshaushalt das Ziel einer substantiellen Reduzierung der Verteidigungsausgaben abgebildet wird;
  2. die Planungen für den personellen Umfang und eine Ausstattung der Bundeswehr auf der Basis strikter Defensivpotenziale an diese strukturelle Reduzierung der Verteidigungsausgaben anzupassen;
  3. finanzielle Vorfestlegungen durch die NATO oder die Bundeswehrführung im Fähigkeitsprofil sind unter Verweis auf Artikel 87a des Grundgesetzes zurückzuweisen: nicht die NATO, nicht die Bundeswehr oder das BMVg haben das politische Prerogativ zur Bestimmung der Militärausgaben, sondern allein der Bundestag. Im Sinne der Haushaltswahrheit und -klarheit sind in dieser neuen Finanzplanung alle militärrelevanten Ausgaben des Bundeshaushalts nach NATO-Kriterien aufzuführen;

4. daraus folgend dem Bundestag einen Haushaltsentwurf für den Einzelplan 14 vorzulegen, der folgende Eckpunkte berücksichtigt:
- a) Die substantielle Reduzierung der Militärausgaben der Bundesrepublik Deutschland sieht – als erste Etappe – eine gestaffelte Rückführung der Ausgaben zunächst auf die Ausgabenhöhe von 2014 vor. Im Rahmen einer solchen signalhaften Abrüstungspolitik wird der Etat für 2021 um zunächst rd. 6 Mrd. Euro gekürzt, mit dem Ziel weiterer Kürzungen in den Folgejahren. Die Bundesregierung sollte unabhängig davon gleichzeitig eine abrüstungspolitische Generalinitiative in Europa voranbringen, deren Ziel es ist, innerhalb dieser Zeit die europäischen Partner in- und außerhalb der NATO und der EU zur Neuauflage einer Vereinbarung über Obergrenzen von militärischen Waffensystemen und Mannschaftsstärken in Europa zu bewegen, um den Weg zu einer gemeinsamen substantiellen Abrüstung in Europa zu koordinieren.
  - b) Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zu beenden, der dafür eingestellte Betrag von 800 Mio. Euro ist einzusparen. Weiterhin sind die Beteiligungen der Bundeswehr an den einsatzgleichen Verpflichtungen der NATO in Enhanced Forward Presence, im Baltic Air Policing, an den zukünftigen NATO VJTF sowie am Stabspersonal des NATO HQ North East in Szczecin ab 2021 einzustellen.
  - c) Alle Projekte der Forschung, Entwicklung und Beschaffung sind unter der Maßgabe der substantiellen Reduzierung des Verteidigungsetats einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen. Auf die vertragliche Neuvereinbarung der folgenden Projekte bei Forschung, Entwicklung und Beschaffung neuer Waffensysteme ist zu verzichten:
    - MALE UAS (EURODROHNE)
    - U-Boot Kl. 212
    - Schwerer Transporthubschrauber (STH)
    - GTK Boxer, ggf. zukünftige Lose
    - Schützenpanzer PUMA, ggf. zukünftige Lose
    - Neubeauftragung Flottendienstboote
    - Main Ground Combat System (MGCS)
    - Future Combat Air System (FCAS)
    - Taktisches Luftverteidigungssystem MEADS (TLVS)
    - F-18 und EUROFIGHTER-Anteil zur TORNADO-Nachfolge
    - Korvette 130, 3.Los.
  - d) Die folgenden Projekte sind zu stoppen, ggf. zur schnellstmöglichen Vertragsbeendigung zu führen oder substantiell zu kürzen:
    - Mehrzweck-Kampfschiff MKS 180
    - A400M
    - LEOPARD II Ergänzungsbeschaffung
    - Eurofighter Tranche 3a und b und 4
    - Plattform PEGASUS
    - Spionagesystem SARah
    - NH90 und NH90 NTH
    - MRTT.
  - e) Die Mehrausgaben für die Vergrößerung des Umfangs der Bundeswehr werden beginnend 2021 über die kommenden Jahre zurückgenommen, und ein

wesentlich kleinerer Personalkörper für die Bundeswehr ausgeplant. In diesem Zusammenhang werden Großbauprojekte bei militärischen Infrastrukturen gestoppt, die Kosten von rd. 500 Mio. Euro werden eingespart. Eine zusätzliche Ersparnis wird durch eine globale Minderausgabe für den EP 14 in Höhe von 1 Mrd. Euro erzielt.

- f) Ehemaligen Bundeswehrsoldaten ist beim Wiedereinstieg in das zivile Berufsleben mehr finanzielle und soziale Unterstützung zu gewähren.
  - g) Alle Soldatinnen und Soldaten und ehemalige Soldatinnen und Soldaten mit im Dienst erworbenen Schädigungen, insbesondere post-traumatischen Belastungsstörungen, sind umfassend finanziell angemessen zu unterstützen, die soziale Fürsorgepflicht des Dienstherrn darf nicht auf ehrenamtlich Tätige abgeschoben werden.
  - h) Die aus den in den Buchstaben b bis c genannten Maßnahmen freiwerdenden Mittel sind umzuwidmen: Einerseits für eine Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, der Beiträge an internationale Organisationen (insbesondere Welternährungsprogramm, UN-Flüchtlingshilfswerk) und Projekte der zivilen Krisenprävention sowie für die Einrichtung einer zivilen staatlichen Seenotrettungsmission; andererseits für die Budgetierung sozialer Maßnahmen in den Einzelplänen Soziales, Wohnen und Bildung.
5. Der abrüstungspolitische Signalcharakter dieses Haushalts ist darüber hinaus durch folgende verteidigungspolitische Maßnahmen zu begleiten:
- a) Die technische nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO ist zu beenden. Die für die Modernisierung der Atomwaffen und der Tornado-Trägerflugzeuge vorgesehenen Mittel sind zu streichen; die Atomwaffen sind umgehend von deutschem Boden abzuziehen.
  - b) Die Bundesregierung lehnt die Etablierung des geplanten NATO-Hauptquartiers für Weltraum-Aktivitäten in Ramstein ab. Sie zieht sich aus dem NATO Raketenabwehrschirm NATO BMD zurück, und erwirkt den Abzug des Operationskommandos für den Schirm in Ramstein aus der Bundesrepublik Deutschland. Der US-Stützpunkt wird geschlossen. Das JSEC-Logistik-Kommando der NATO in Ulm ist nicht weiter aufzubauen. Die verbliebenen Truppen der USA in Deutschland werden aufgefordert, das Land zu verlassen.
  - c) Ein weiterer Ausbau des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) zur urbanen Kriegsführung in der Colbitz-Letzlinger Heide ist umgehend zu stoppen.
  - d) Die Nachwuchswerbung der Bundeswehr an Schulen und jugendrelevanten Einrichtungen und die Anwerbung von unter 18-Jährigen für eine militärische Ausbildung sind umgehend einzustellen.
  - e) Von der Bundeswehr finanzierte Rüstungsforschungsprojekte an Hochschulen und Universitäten sind umgehend zu beenden.
  - f) Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Rüstungsbereich (PESCO) und die dort angesiedelten militärischen Projekte sind zu kündigen. Die Unterstützungszahlungen für den Europäischen Verteidigungsfonds sind einzustellen.

Berlin, den 7. Dezember 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**





